



 **Universität Trier**

Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

Guidelines for Safeguarding Good Scientific Practice



Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

Vorwort

Die hier abgedruckten Texte wurden im Juli 2001 vom Senat der Universität Trier als verbindliche Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis bzw. als Verfahrensrichtlinien für den Umgang mit Verstößen gegen die gute wissenschaftliche Praxis verabschiedet und im Juni 2002 ergänzt.

Sie wurden von einer Arbeitsgruppe der Landeshochschulpräsidentenkonferenz des Landes Rheinland-Pfalz in enger Anlehnung an die – und unter teilweiser Übernahme der – Vorschläge verschiedener deutscher Wissenschaftsorganisationen erstellt und allen Hochschulen des Landes zur internen Umsetzung empfohlen. Damit erfüllten die rheinland-pfälzischen Hochschulen zugleich auch eine Auflage der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die die Bewilligung von Fördergeldern seitdem an die Implementierung von Maßnahmen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis knüpft.

Anlässlich der Ergänzung der Empfehlungen seitens der DFG und der HRK im Jahr 2013 hat die Universität Trier ihre Leitlinien aktualisiert und am 18. Februar 2016 im Senat verabschiedet.

Sie nimmt die Veröffentlichung dieser Texte zum Anlass, ihre Mitglieder an ihre Verpflichtung zu erinnern, in allen Bereichen ihrer Arbeit die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis als Handlungsmaxime zu akzeptieren. Nur so kann eine Kultur guter wissenschaftlicher Praxis gedeihen, die Sanktionen überflüssig macht.

Trier, im März 2016

Prof. Dr. Georg Müller-Fürstenberger
Vizepräsident für Forschung und Infrastruktur

Inhalt

Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis durch Prävention	5
Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis – Verfahren an der Universität Trier	7
Anlage 1 Katalog von Verhaltensweisen, die als wissenschaftliches Fehlverhalten anzusehen sind	12
Anlage 2 Katalog möglicher Sanktionen bzw. Konsequenzen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten	14
Quellen	18

Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis durch Prävention

An wissenschaftliche Praxis und Ausbildung sind folgende Anforderungen zu stellen:

1. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind verpflichtet, die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis einzuhalten. Die Verfahren werden hochschulintern und/oder durch den Gesetzgeber geregelt.

Die Präsidentin oder der Präsident und die Leitungen der Forschungseinrichtungen der Universität Trier tragen die Verantwortung für eine angemessene Organisation, die sichert, dass in Abhängigkeit von der Größe der einzelnen wissenschaftlichen Arbeitseinheiten die Aufgaben der Leitung, Aufsicht, Konfliktregelung und Qualitätssicherung eindeutig zugewiesen sind und gewährleistet ist, dass sie tatsächlich wahrgenommen werden.

Jede Hochschullehrerin und jeder Hochschullehrer ist verpflichtet, dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens und die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis zu vermitteln.

In Wahrnehmung ihrer Verantwortung haben die Vorgesetzten das wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Personal auf die Einhaltung der Grundsätze in geeigneter fachspezifischer Form hinzuweisen.

Zu Beginn eines Beschäftigungs- oder Betreuungsverhältnisses ist die Belehrung über die Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens und guter wissenschaftlicher Praxis durch Unterschriften zu bestätigen.

Die Belehrung soll sich auf die jeweils relevanten Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis beziehen, z. B. auf die Pflicht:

- Methoden und Forschungsergebnisse vollständig und nachhaltig zu dokumentieren,
 - regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten zu berichten,
 - alle Zitate und Halbzitate aus gedruckten und ungedruckten Quellen, jeder Art von Publikationen oder sonstiger Verbreitung von Arbeitsergebnissen eindeutig und im Einzelnen zu kennzeichnen.
2. Der wissenschaftliche Nachwuchs hat Anspruch auf regelmäßige wissenschaftliche Betreuung, Beratung und Unterstützung durch die Leitenden der Arbeitsgruppe bzw. durch die zuständigen Fachbetreuenden. Zu den Bera-

tungsthemen gehören neben den Fachfragen auch Probleme der Arbeits- und Zeitplanung. Eine kontinuierliche und sorgfältige Betreuung sowie die Begutachtung innerhalb eines angemessenen Zeitraums gehören zur guten wissenschaftlichen Praxis.

3. Die Fächer und Fachbereiche verpflichten sich, den Studierenden bereits in den Einführungsveranstaltungen der Studiengänge in geeigneter Form die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis zu vermitteln. Durch Anleitung zu Ehrlichkeit und Verantwortung in der Wissenschaft soll wissenschaftlichem Fehlverhalten vorgebeugt werden. Die jeweiligen Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen sollen einen Passus über die Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis enthalten.
4. Verstöße gegen die gute wissenschaftliche Praxis haben ihre Ursache häufig in der hohen Gewichtung quantitativer Parameter, nicht zuletzt bei Einstellungen und Berufungen. Die Landeshochschulpräsidentenkonferenz empfiehlt daher nachdrücklich, gemäß der Empfehlung der DFG bei solchen Entscheidungen Originalität und Qualität stets Vorrang gegenüber Quantität zu gewähren. Primärdaten als Grundlagen für Veröffentlichungen sollen auf haltbaren und gesicherten Trägern in Verantwortung der Forschungseinrichtungen und Professuren, an denen sie entstanden sind, für zehn Jahre aufbewahrt werden
5. Autorinnen und Autoren wissenschaftlicher Veröffentlichungen verantworten deren Inhalt stets gemeinsam, sofern die Verantwortlichkeiten in der Veröffentlichung nicht explizit zugeordnet werden. Autorin oder Autor ist nur, wer einen wesentlichen Beitrag zu einer wissenschaftlichen Veröffentlichung geleistet hat (**siehe Anlage 1**).

Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis Verfahren an der Universität Trier

A. Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

Die Leistungsfähigkeit der Universitäten hängt wesentlich von der Qualität ihrer Forschung ab. Deswegen ist es für die Universitäten besonders wichtig, durch eine Atmosphäre der Offenheit, Kreativität, Kritikfähigkeit und Leistungsbereitschaft zu erhalten und zu fördern sowie Maßnahmen zu ergreifen, um wissenschaftliches Fehlverhalten nicht entstehen zu lassen.

Wissenschaftliche Arbeit dient dem Erkenntnisgewinn. Die Redlichkeit des wissenschaftlichen Personals ist Grundvoraussetzung für die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit. Gute wissenschaftliche Praxis muss gelehrt und eingeübt werden. Fehlverhalten und Betrug schaden dem Ansehen der Wissenschaft und der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

B. Definition wissenschaftlichen Fehlverhaltens

1. Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewusst Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird. Entscheidend sind jeweils die Umstände des Einzelfalles. Ein Katalog von Verhaltensweisen, die als wissenschaftliches Fehlverhalten anzusehen sind, ist in **Anlage 1** zusammengestellt.
2. Eine Mitverantwortung für Fehlverhalten kann sich u. a. ergeben aus
 - Vernachlässigung der Aufsichtspflicht,
 - aktiver Beteiligung am Fehlverhalten anderer,
 - Mitwissen um Fälschungen durch andere.

Letztentscheidend sind auch hier die Umstände des Einzelfalles.

3. Bereits im Vorfeld wissenschaftlichen Fehlverhaltens gibt es Verstöße gegen die gute wissenschaftliche Praxis, die unter den vorstehenden beiden Abschnitten 1 und 2 nicht ohne weiteres subsumiert werden können. Der Umgang mit solchen Vorfällen wird ausdrücklich in die Verantwortung der Fachbereiche gelegt. Diese sollen die Diskussion darüber gewährleisten und Präventionsmaßnahmen beschließen.

C. Zuständigkeiten

1. Die Universität hat die Forschungskommission des Senats als ständige Kommission zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens bestellt. Diese Kommission wird auf Antrag der Ombudspersonen oder eines ihrer Mitglieder oder auf Antrag der Universitätsleitung aktiv.

Die Forschungskommission wird fallbezogen aus ihren Mitgliedern kurzfristig eine Unterkommission einsetzen, deren Vorsitz eine Person mit Befähigung zum Richteramt innehaben muss. Sie kann externe Sachverständige hinzuziehen. Eine Ombudsperson soll als beratendes Mitglied einbezogen sein. Das Verfahren vor der Forschungskommission ersetzt nicht andere gesetzliche oder satzungsrechtlich geregelte Verfahren. Diese werden gegebenenfalls von den jeweils zuständigen Organen eingeleitet.

2. Die Universität Trier bestellt drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren als Ombudspersonen für Mitglieder und Angehörige der Universität, die Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens vorzubringen haben, oder denen wissenschaftliches Fehlverhalten vorgeworfen wird. Darunter sollte wenigstens eine Professorin und ein Professor sowie eine empirisch arbeitende Professorin oder ein empirisch arbeitender Professor sein

Die Ombudspersonen beraten als Vertrauenspersonen diejenigen, die sie über ein vermutetes wissenschaftliches Fehlverhalten informieren. Sie prüfen die Vorwürfe auf Plausibilität, auf Korrektheit und Bedeutung und im Hinblick auf die Möglichkeiten der Ausräumung der Vorwürfe. Die Ombudspersonen werden namentlich in der Internetpräsenz der Universität ausgewiesen. Jedes Mitglied der Universität hat Anspruch darauf, eine Ombudsperson innerhalb kurzer Frist persönlich zu sprechen.

D. Verfahrensablauf

1. Vorprüfung

Bei konkreten Verdachtsmomenten für wissenschaftliches Fehlverhalten wird im Regelfalle unverzüglich eine Ombudsperson, ggf. auch die oder der Vorsitzende der Forschungskommission, informiert. Die Information soll schriftlich erfolgen; bei mündlicher Information wird ein schriftlicher Vermerk über den Verdacht und die diesen begründenden Belege aufgenommen.

Die Ombudsperson übermittelt Anschuldigungen wissenschaftlichen Fehlverhaltens der oder dem Forschungskommissionsvorsitzenden. Dabei ist Vertraulichkeit zum Schutz sowohl der informierenden als auch der betroffenen Personen zu wahren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen spezifizierbaren Hinweis auf einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens geben, dürfen daraus keine Nachteile für das eigene wissenschaftliche und berufliche Fortkommen erfahren. Die Ombudsperson wie auch die Einrichtungen, die einen Verdacht überprüfen, müssen sich für diesen Schutz in geeigneter Weise einsetzen. Vorwürfe dürfen nicht ungeprüft und ohne hinreichende Kenntnis der Fakten erhoben werden. Ein leichtfertiger Umgang mit Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens, erst recht die Erhebung bewusst unrichtiger Vorwürfe, kann eine Form wissenschaftlichen Fehlverhaltens darstellen.

Der vom Verdacht des Fehlverhaltens betroffenen Person wird unverzüglich von der Ombudsperson unter Nennung der belastenden Tatsachen und Beweismittel Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Diese Information soll schriftlich erfolgen. Die Frist für die Stellungnahme beträgt zwei Wochen. Der Name der informierenden Person wird ohne deren Einverständnis in dieser Phase nicht offenbart. Nach Eingang der Stellungnahme der betroffenen Person bzw. nach Verstreichen der Frist entscheidet die Ombudsperson nach Konkretheit und Plausibilität der Vorwürfe und unter Berücksichtigung der Stellungnahme innerhalb von zwei Wochen, ob das Vorprüfungsverfahren zu beenden ist, weil sich der Verdacht nicht hinreichend bestätigt bzw. ein vermeintliches Fehlverhalten vollständig aufgeklärt hat. Andernfalls leitet sie den Vorgang für das förmliche Untersuchungsverfahren an die Forschungskommission weiter.

In beiden Fällen werden sowohl der betroffenen Person, der oder dem Informierenden als auch der oder dem Vorsitzenden der Forschungskommission die Gründe schriftlich mitgeteilt. Wenn die informierende Person (intern oder extern) mit der Einstellung des Prüfungsverfahrens nicht einverstanden ist, kann sie innerhalb von zwei Wochen bei der Präsidentin oder dem Präsidenten einen Antrag auf Weiterleitung des Verfahrens an die Forschungskommission stellen. Dieser entscheidet zusammen mit dem Vorsitzenden sowie zwei weiteren Mitgliedern der Forschungskommission über die Fortführung des Verfahrens. Zu den weiteren Mitgliedern gehört ein Mitglied der betroffenen Statusgruppe. Das Ergebnis wird der Forschungskommission mitgeteilt.

2. Förmliche Untersuchung

Die Weiterleitung des Verfahrens an die Forschungskommission wird der Universitätsleitung durch die Ombudsperson mitgeteilt, die Eröffnung des förmlichen Verfahrens durch die Kommissionsführung gegenüber der Universitätsleitung bestätigt. Die Forschungskommission kann nach eigenem Ermessen Fachgutachterinnen oder Fachgutachter aus dem Gebiet eines zu beurteilenden wissenschaftlichen Sachverhaltes sowie Expertinnen und Experten für den Umgang mit solchen Fällen als weitere Mitglieder mit beratender Stimme hinzuziehen. Hierzu können u.a. Schlichtungsberatende zählen. Die Kommission berät in nichtöffentlicher mündlicher Verhandlung. Sie prüft in freier Beweiswürdigung, ob wissenschaftliches Fehlverhalten vorliegt. Der betroffenen Person, der Fehlverhalten vorgeworfen wird, ist in geeigneter Weise Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie ist auf ihren Wunsch mündlich anzuhören; dazu kann eine Vertrauensperson als Beistand hinzugezogen werden. Dies gilt auch für sonstige anzuhörende Personen. Der Name der oder des Informierenden sollte nur dann offengelegt werden, wenn anderenfalls keine sachgerechte Verteidigung erfolgen kann, weil beispielsweise die Glaubwürdigkeit und Motive der oder des Informierenden im Hinblick auf den Vorwurf möglichen Fehlverhaltens zu prüfen sind.

Das Verfahren wird eingestellt, wenn die Kommission ein Fehlverhalten als nicht erwiesen erachtet. Hält die Kommission ein Fehlverhalten für erwiesen, legt sie das Ergebnis ihrer Untersuchung der Universitätsleitung vor, mit einem Vorschlag zum weiteren Verfahren, auch in Bezug auf die Wahrung der Rechte Dritter, zur Entscheidung und weiteren Veranlassung. Die wesentlichen Gründe, die zur Einstellung des Verfahrens bzw. zur Weiterleitung an die Universitätsleitung geführt haben, sind unverzüglich allen Beteiligten schriftlich mitzuteilen. Ein internes Beschwerdeverfahren gegen die Entscheidung der Kommission ist nicht gegeben.

Am Ende eines förmlichen Untersuchungsverfahrens steht die Ombudsperson allen Mitgliedern und Angehörigen der Universität beratend zur Verfügung, die in den Fall involviert sind (waren). Sie berät insbesondere Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie Studierende, die unverschuldet in den Vorgang des wissenschaftlichen Fehlverhaltens verwickelt wurden, in Bezug auf eine Absicherung ihrer persönlichen und wissenschaftlichen Integrität.

Die Akten der förmlichen Untersuchung werden 30 Jahre aufbewahrt. Die im Zusammenhang mit einem Fall wissenschaftlichen Fehlverhaltens genannten Personen haben Anspruch darauf, dass die Ombudsperson ihnen über

die Dauer der Aufbewahrungsfrist auf Antrag einen Bescheid (zu ihrer Entlastung) ausstellt.

3. Weiteres Verfahren

Wenn wissenschaftliches Fehlverhalten festgestellt worden ist, prüft die Universitätsleitung zur Wahrung der wissenschaftlichen Standards der Universität und der Rechte aller direkt und indirekt Betroffenen die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen. Die Ahndung wissenschaftlichen Fehlverhaltens richtet sich nach den Umständen des Einzelfalles.

In der Universität sind auf Fachbereichsebene die akademischen Konsequenzen zu prüfen. Die Fachbereiche haben in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung zu klären, ob und inwieweit andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, darunter frühere und mögliche Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner, Koautorinnen und Koautoren, wissenschaftliche Einrichtungen, wissenschaftliche Zeitschriften und Verlage, Fördereinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen, Standesorganisationen, Ministerien und Öffentlichkeit zu benachrichtigen sind.

Die jeweils zuständigen Organe oder Einrichtungen leiten je nach Sachverhalt arbeits-, zivil-, straf- oder ordnungsrechtliche Maßnahmen ein. Diese sind in **Anlage 2** aufgeführt. Die Kommission stellt hierfür die Akten der förmlichen Untersuchung zur Verfügung.

Anlage 1

Katalog von Verhaltensweisen, die als wissenschaftliches Fehlverhalten anzusehen sind

Als wissenschaftliches Fehlverhalten kommt insbesondere in Betracht:

Falschangaben

1. die Nutzung erfundener Daten, ohne diese als solches auszuweisen;
2. das Verfälschen von Daten, z. B.
 - a) durch Auswählen erwünschter und Zurückweisen unerwünschter Ergebnisse, ohne dies offenzulegen,
 - b) durch Manipulation einer Darstellung oder Abbildung;
3. unrichtige Angaben in einem Bewerbungsschreiben oder einem Förderantrag (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu im Druck befindlichen Veröffentlichungen).

Verletzung geistigen Eigentums

4. in Bezug auf ein von Dritten geschaffenes urheberrechtlich geschütztes Werk oder von Dritten stammende wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze
 - a) die Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat),
 - b) die Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen, insbesondere bei der Erstellung von Gutachten (Ideendiebstahl),
 - c) die Anmaßung oder unbegründete Annahme wissenschaftlicher Autor- oder Mitautorenschaft.

Zur Rechtfertigung einer Autorschaft reichen daher insbesondere nicht aus:

- bloße organisatorische Verantwortung für die Einwerbung von Fördermitteln,
- Beistellung von Standard-Untersuchungsmaterialien,
- Unterweisung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Standard-Methoden,
- lediglich technische Mitwirkung bei der Datenerhebung,
- lediglich technische Unterstützung, z.B. bloße Beistellung von Geräten, Versuchstieren,

- regelmäßig die bloße Überlassung von Datensätzen,
- alleiniges Lesen des Manuskripts ohne substantielle Mitgestaltung des Inhalts,
- Leitung einer Institution oder Organisationseinheit, in der die Publikation entstanden ist.

Solche Unterstützung kann in Fußnoten oder im Vorwort angemessen anerkannt werden.

Auch begründet weder ein derzeitiges noch ein ehemaliges Vorgesetztenverhältnis eine Mitautorenschaft.

- d) die Verfälschung des Inhalts oder
- e) die unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist.

Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer

- 5. durch Sabotage oder Obstruktion von Forschungstätigkeit und der Publikation ihrer Ergebnisse (einschließlich des Beschädigens, Zerstörens oder Manipulierens von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die andere Personen zur Durchführung eines Experiments oder einer Untersuchung benötigen).

Andere Formen von Fehlverhalten

- 6. Beihilfe zum Fehlverhalten anderer oder dessen Duldung;
- 7. Verschweigen von Interessenskonflikten (einschließlich solcher, die ökonomisch, politisch, sozial/kollegial oder religiös bedingt sind);
- 8. Grobe Vernachlässigung der Aufsichtspflicht;
- 9. Behinderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Verstöße gegen die Betreuungspflicht.

Anlage 2

Katalog möglicher Sanktionen bzw. Konsequenzen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten

Der folgende Katalog möglicher Sanktionen bzw. Konsequenzen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten ist – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – als erste Orientierungshilfe zu verstehen. Da jeder Fall anders gelagert sein dürfte und auch die Schwere des festgestellten wissenschaftlichen Fehlverhaltens eine Rolle spielt, gibt es keine einheitliche Richtlinie adäquater Reaktionen; diese richten sich vielmehr je nach den Umständen des Einzelfalles.

I. Arbeitsrechtliche Konsequenzen

10. Abmahnung

Die – schriftlich vorzunehmende und in die Personalakte aufzunehmende – Abmahnung ist eine Vorstufe zur Kündigung, kommt also nur bei Fällen minderen wissenschaftlichen Fehlverhaltens in Betracht, in denen eine Kündigung noch nicht erfolgen soll.

11. Außerordentliche Kündigung

Eine außerordentliche Kündigung setzt voraus, dass nach den Umständen des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht weiter zugemutet werden kann. Bei schwerwiegenden Fällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens dürfte dies in der Regel zutreffen.

Die Kündigung muss innerhalb einer Frist von zwei Wochen erfolgen, wobei die Frist mit dem Zeitpunkt zu laufen beginnt, in dem der Kündigungsberechtigte von den für die Kündigung maßgebenden Tatsachen Kenntnis erlangt. Dabei ist nicht schon auf den Verdacht eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens abzustellen, sondern auf den Zeitpunkt, zu dem das wissenschaftliche Fehlverhalten festgestellt und der Universitätsleitung mitgeteilt wurde.

Eine außerordentliche Kündigung aus sonstigen wichtigen Gründen bleibt unberührt.

Die Vorbereitung einer außerordentlichen Kündigung bedarf im Regelfall einer besonderen arbeitsrechtlichen Einzelberatung.

Insbesondere bei einem sehr dringenden Tatverdacht scheint es geboten, eine solche Beratung sofort in Anspruch zu nehmen, um zu klären, ob nicht auch eine sogenannte Verdachtskündigung in Betracht kommt; auf diese Weise ist dem arbeitsrechtlichen Risiko vorzubeugen, dass ein Gericht im Einzelfall bereits vom Zeitpunkt der Kenntnis des dringenden Tatverdachts an die vorgenannte Kündigungsfrist von zwei Wochen als zu laufen beginnend ansieht.

12. Ordentliche Kündigung

Eine ordentliche Kündigung, die an die üblichen arbeitsrechtlichen Kündigungsfristen gebunden ist, dürfte in den hier zur Diskussion stehenden Fällen seltener in Betracht kommen, da bei Vorliegen relevanten wissenschaftlichen Fehlverhaltens regelmäßig auf die außerordentliche Kündigung zurückzugreifen sein wird oder aber eine Vertragsauflösung vorzuziehen sein dürfte.

13. Vertragsauflösung

Neben der Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch ordentliche oder außerordentliche Kündigung sollte – unter Beachtung der Zweiwochenfrist für die außerordentliche Kündigung – die Möglichkeit erwogen werden, das Arbeitsverhältnis durch eine einvernehmliche Vertragsauflösung zu beenden.

14. Besonderheiten bei beamtenrechtsähnlichen Anstellungsverträgen

Bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Beamtenverhältnis findet das geltende Landesbeamtenrecht entsprechende Anwendung. Es ist davon auszugehen, dass schwerwiegendes wissenschaftliches Fehlverhalten einen Grund darstellt, der nach dem rheinland-pfälzischen Beamtenrecht zur Entfernung aus dem Dienst führen kann.

II. Zivilrechtliche Konsequenzen

Folgende zivilrechtliche Konsequenzen können in Betracht gezogen werden:

1. Erteilung eines Hausverbotes;
2. Herausgabeansprüche, etwa auf Herausgabe von entwendetem wissenschaftlichem Material;

3. Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche aus Urheberrecht, Persönlichkeitsrecht, Patentrecht und Wettbewerbsrecht;
4. Rückforderungsansprüche, etwa von Stipendien, Drittmitteln;
5. Schadensersatzansprüche durch die Universität oder durch Dritte bei Personen-, Sach- oder Vermögensschäden.

III. Strafrechtliche Konsequenzen

Strafrechtliche Konsequenzen kommen immer dann in Betracht, wenn der Verdacht besteht, dass wissenschaftliches Fehlverhalten zugleich einen Tatbestand des Strafgesetzbuches (StGB) bzw. sonstiger Strafnormen oder Ordnungswidrigkeiten erfüllt. Ermittlungsbehörden sind von der Universitätsleitung einzuschalten.

Mögliche Straftatbestände sind unter anderem:

1. Verletzung des persönlichen Lebens-/Geheimnisbereichs
 - § 202 a StGB: Ausspähen von Daten
 - § 204 StGB: Verwertung fremder Geheimnisse
2. Straftaten gegen das Leben und Körperverletzung
 - § 222 StGB: Fahrlässige Tötung
 - §§ 223, 230 StGB: Vorsätzliche oder fahrlässige Körperverletzung
3. Vermögensdelikte
 - § 242 StGB: Diebstahl
 - § 246 StGB: Unterschlagung
 - § 263 StGB: Betrug
 - § 264 StGB: Subventionsbetrug
 - § 266 StGB: Untreue
4. Urkundenfälschung
 - § 267 StGB: Urkundenfälschung
 - § 268 StGB: Fälschung technischer Aufzeichnungen
5. Sachbeschädigung
 - § 303 StGB: Sachbeschädigung
 - § 303a StGB: Datenveränderung
6. Urheberrechtsverletzungen
 - § 106 Urheberrechtsgesetz: Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke.

IV. Akademische Konsequenzen

Akademische Konsequenzen in Form des Entzugs von akademischen Graden können nur von der Universität gezogen werden, die diese Grade verliehen hat. Diese ist über gravierendes wissenschaftliches Fehlverhalten dann zu informieren, wenn dieses im Zusammenhang mit dem Erwerb einer akademischen Qualifikation gestanden hat.

In Betracht kommen insbesondere:

1. Entzug des Doktorgrades,
2. Entzug der Lehrbefugnis,
3. Aberkennung des Studienabschlusses oder Exmatrikulation.

V. Widerruf von wissenschaftlichen Publikationen / Information der Öffentlichkeit/Presse

Grundsätzlich sind Autorinnen und Autoren, Autorengemeinschaften sowie beteiligte Herausgeber und Verlage verpflichtet, wissenschaftliche Publikationen, die auf Grund wissenschaftlichen Fehlverhaltens fehlerbehaftet sind, soweit sie noch unveröffentlicht sind, zurückzuziehen bzw. richtigzustellen, sofern sie veröffentlicht wurden (Widerruf). Wurde mit Dritten in Kooperationen zusammengearbeitet, sind diese gegebenenfalls in geeigneter Form zu informieren.

Wird diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen, leitet die Präsidentin oder der Präsident je nach Möglichkeit geeignete Maßnahmen ein.

Bei Fällen gravierenden wissenschaftlichen Fehlverhaltens unterrichtet die Präsidentin oder der Präsident andere betroffene Forschungseinrichtungen bzw. Wissenschaftsorganisationen. In begründeten Fällen kann auch die Information von Landesorganisationen angebracht sein.

Die Universität kann zum Schutze Dritter, zur Wahrung des Vertrauens in die wissenschaftliche Redlichkeit, zur Wiederherstellung ihres wissenschaftlichen Rufes, zur Verhinderung von Folgeschäden sowie im allgemeinen öffentlichen Interesse verpflichtet sein, betroffene Dritte und die Öffentlichkeit zu informieren.

Quellen

Der Text basiert auf der Vorlage „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis - Verfahren an rheinland-pfälzischen Universitäten“ in der Fassung vom 25. 03.1999, die von der Task Force „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ der rheinland-pfälzischen Universitäten erarbeitet wurde.

Diese Vorlage basiert in weiten Teilen wörtlich auf folgenden Publikationen, auf die ausdrücklich verwiesen wird:

- Max-Planck-Gesellschaft: Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten in Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft – Verfahrensordnung. Beschluss vom 14.11.1997;
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“. Weinheim 1998;
- Medizinische Fakultät der Universität Freiburg: Bericht der Kommission „Verantwortung in der Forschung“, Freiburg, Januar 1998;
- Hochschulrektorenkonferenz: Entwurf einer Stellungnahme des Plenums vom 06.07.1998
- „Zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten in den Universitäten“, Bonn, Stand: 10.06.1998, Drucksachen-Nr. 185/9.

Die Überarbeitung 2016 basiert auf folgenden Aktualisierungen:

- DFG (2013):** Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis, Denkschrift; ergänzte Auflage, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA, Weinheim.
- HRK (2013):** Empfehlung der 14. Mitgliederversammlung der HRK am 14. Mai 2013 in Nürnberg.
- MPG (2000):** Verfahrensordnung bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten, beschlossen vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft am 14. November 1997, geändert am 24. November 2000

Guidelines for Safeguarding Good Scientific Practice

Preface

In July of 2001, the University of Trier Senate declared this text to be the university's authoritative expression of the basic principles of good scientific practice, as well as the procedural guideline for handling violations of good scientific practice. These guidelines were then amended in June of 2002.

They were developed by a taskforce from the Rhineland-Palatinate Conference for Presidents of Institutions of Higher Learning (LHPK) and were either taken directly from or modelled closely on the suggestions of various German academic institutions. The guidelines were published with the explicit recommendation for internal implementation in all institutions of higher learning in the Rhineland-Palatinate. In doing so, the institutions fulfil the Deutsche Forschungsgemeinschaft's (DFG) funding requirement that good scientific practice be actively safeguarded.

Following revisions to the guidelines made by the DFG and German Rectors' Conference (HRK) in 2013, the University of Trier updated its guidelines, which were then ratified by the Senate on the 18th of February 2016. The publication of these guidelines should serve as a reminder to all members of the University of Trier that they are obliged to accept the assurance of good scientific practice as an ethical maxim in all areas of their work. This is the only way to foster a culture of good scientific practice, thereby making sanctions unnecessary.

Trier, March 2016

Prof. Dr. Georg Müller-Fürstenberger
Vice-President for Research and Infrastructure

Table of Contents

Safeguarding Good Scientific Practice through Prevention	21
Safeguarding Good Scientific Practice – Procedures at the University of Trier	23
Addendum 1 Catalogue of Behaviours Considered to be Scientific Misconduct	28
Addendum 2 Catalogue of Possible Sanctions or Consequences for Scientific Misconduct	30
Sources	34

Safeguarding Good Scientific Practice through Prevention

The following requirements apply to scientific practice and training:

1. Scientists are required to follow the rules of good scientific practice. The procedures shall be laid out either by the institutions internally or by law.

The President and the administration of the research institutes of the University of Trier bear the responsibility for an organization that, dependent on the size of the individual scientific working groups, ensures the clear delegation and fulfilment of the following duties: management, oversight, conflict resolution and quality control.

Every member of the teaching faculty is required to educate junior scientists in the principles of the scientific method and good scientific practice.

Supervisors shall, in fulfilment of their responsibility, instruct their scientific and non-scientific staff to comply with the principles of good scientific practice in a form appropriate to their specific discipline.

At the beginning of any employment or supervisory relationship, the reception of instruction concerning the principles of the scientific method and good scientific practice shall be confirmed with a signature.

The instruction should be conducted with reference to the particular rules relevant to the assurance of good scientific practice, i.e. with reference to requirements such as:

- Methods and results shall be documented completely and in such a way as to assure their long-term availability,
 - Progress reports shall be made on a regular basis,
 - All quotes and half-quotes from printed and unprinted sources, every type of publication or any other method of result dissemination shall be individually and unambiguously identified.
2. Junior scientists have the right to regular scientific supervision, counselling and support from the leader of the working group or the responsible specialized mentor. Beyond discipline specific topics, counselling should also be given concerning problems associated with workload and time management. Continual and diligent supervision, as well as assessment, constitute parts of scientific good practice.

3. The disciplines and departments are required, beginning with introductory events, to convey to the students the principles of good scientific practice in an appropriate manner. Scientific misconduct should be prevented by offering guidance in honest and responsible behaviour in academics. The regulations for exams, doctoral and post-doctoral proceedings shall each contain a passage concerning compliance with the rules of scientific good practice.
4. The cause for violations of scientific good practice can often be found in the emphasis of quantitative parameters, not least when having to do with appointments and nominations. For this reason, the LHPK emphatically recommends, in line with the DFG, giving preference to quality and originality instead of quantity for decisions concerning appointment or nomination. Primary data upon which publications are based shall be archived on secure and stable storage media for ten years by the research institutions or departments under which the data was created.
5. Authors are always collectively responsible for the content of their publications as long as the separate responsibilities are not explicitly indicated in the publication. To be considered an author, one must have made a substantial contribution to the work in question (see **Addendum 1**).

Safeguarding Good Scientific Practice Procedures at the University of Trier

A. Safeguarding Good Scientific Practice

University performance is, at its core, a function of the quality of its research. For this reason, it is extremely important to engender and maintain an atmosphere marked by openness, creativity, critical faculty and dedication, as well as to institute measures which prevent scientific misconduct.

Scientific work serves the acquisition of knowledge. The integrity of scientific personnel is the basic prerequisite for quality scientific work. Scientific good practice must be taught and rehearsed. Misconduct and fraud damage the image of science and scientists.

B. The Definition of Good Scientific Practice

1. Scientific misconduct exists when, in a scientifically important context, deliberate falsifications are made, the intellectual property of another is misused or the scientific work of another is impaired. The circumstances surrounding each individual case are decisive. A catalogue of behaviours considered to be scientific misconduct has been compiled in **Addendum 1**.
2. Shared responsibility for misconduct may be seen to exist when, among other things,
 - Supervisory duties are neglected,
 - Active assistance in the misconduct of another takes place,
 - Knowledge exists of another's fraudulent presentation or fabrication of results.

Again, the circumstances surrounding the individual case are the critical determinant.

3. Even before scientific misconduct as such takes place, there can be breaches of scientific good practice that cannot be subsumed by the two points listed above. Each department will retain the responsibility of dealing with such cases. The individual departments should ensure discussion about such cases and enact preventative measures.

C. Jurisdictions

1. The University Senate's Research Committee is the standing committee responsible for investigating allegations of scientific misconduct. The committee can be called by request from an ombudsperson, one of the committee's members or by request of the university leadership.

In the case of an investigation, the Research Committee will quickly form a subcommittee from its members, choosing as chair of the subcommittee a person qualified for judgeship. The committee may invite external consultants. An ombudsperson should be included as advisory member of the subcommittee. The Research Committee's process does not replace other legal or statutory processes. Such processes will be initiated by the parties responsible.

2. The University of Trier will summon three scientists from the circle of professors to act as ombudspersons for members of the university either making charges of or being charged with scientific misconduct. Of the three, at least one should be a professor and one a professor conducting empirical research.

The ombudspersons act as confidential advisors to those who suspect that scientific misconduct has taken place. They examine the charges for plausibility, factuality and with respect to the possibilities for settling the charges. The ombudspersons will be listed by name on the university internet page. Every member of the university has the right to personally speak with an ombudsperson within a reasonable amount of time.

D. Course of the Procedure

1. Preliminary Investigation

In the case of a concrete suspicion of scientific misconduct, an ombudsperson and the chair of the Research Committee will normally be informed directly. Information concerning possible scientific misconduct should be delivered in written form. Should such information be delivered orally, a written note concerning the suspicions and the justifications thereof should be made.

The ombudsperson is responsible for informing the chair of the Research Committee about any allegations of scientific misconduct. The confidentiality of both the person making the allegations and the person being accused

of scientific misconduct should be protected. Scientists who present a specifiable suspicion of scientific misconduct should not be disadvantaged in their research or professional progress. The ombudsperson as well as the institution investigating the charges is responsible for protecting such people. Accusations may not be made without sufficient knowledge of the facts and must be well examined. Dealing with accusations of scientific misconduct recklessly or fabricating false charges of scientific misconduct can be seen as a form of scientific misconduct in and of itself.

The person under suspicion shall be informed directly by the ombudsperson, presented with the incriminating evidence and be given the opportunity make a statement regarding the accusations. The statement should be made in written form. The written statement must be made within two weeks. The name of the informant may not be released without their explicit consent during this phase. After receipt of the written statement or after the two week time limit has expired, the ombudsperson will decide within two weeks, based on the accuracy and plausibility of the accusations and with fair regard for the written statement of the accused, if the preliminary investigation should be closed due to insufficient validation of the charges or because the alleged misconduct was otherwise resolved. Otherwise, the ombudsperson will direct the Research Committee to begin the formal investigation.

In both cases, the accused person, the person bringing the charges and the chair of the Research Committee shall receive written reports containing the ombudsperson's justification for their decision. Should the informant (internal or external) not be in agreement with the decision to close the investigation, they have two weeks to present a written request to the President of the University that the investigation be continued by the Research Committee. The President, the chair of the Research Committee and two other members of the committee will then decide together whether the investigation should be continued. Of the two committee members, one member should be of the same professional status as the accused. The Research Committee shall be informed about the result of the deliberations.

2. Formal Investigation

The ombudsperson shall inform the university leadership concerning the referral of the investigation to the Research Committee. The committee chair will then send confirmation to the university leadership that a formal investigation has been opened. The committee is empowered to call technical consultants from the discipline in question as well experts on related cases of misconduct to take part in the committee in an advisory capacity. These ex-

perts may also include, among others, arbitration counsellors. The committee will deliberate in a private oral hearing. The committee will decide in free assessment of the evidence if scientific misconduct has taken place. The accused person shall have the opportunity to state their position in an appropriate form. Should the accused wish to do so orally, they may and they may also be accompanied and supported by a person of trust. This applies to all those who may be called to testify. The name of the informant shall only be made public when a factually appropriate defence cannot otherwise be made because, for example, the credibility and motive of the informant with regards to the accusations need be examined.

The investigation will be closed should the committee find that the charge of misconduct has not been proven. Should the committee find that misconduct has been proven, the committee will present the results of their investigation to the university leadership with a recommendation for further proceedings, including measures to protect the rights of third parties. The university leadership will then make the final decision about how to proceed. The central reasons leading to either closing the case or transferring the case to the university leadership shall be delivered to all involved parties in written form. There is no procedure for making an internal appeal against the decision of the committee.

After the formal investigation has been ended, the ombudsperson remains available to advise the (previously) involved members of the university. The ombudsperson advises, in particular, young scientists as well as students who, through no fault of their own, were involved in the scientific misconduct on how to safeguard their personal and scientific integrity.

The files from the formal investigation will be held for 30 years. All persons named during the investigation have the right to request an official statement from the ombudsperson concerning the exact length of time the files from the investigation will be archived (i.e. for the purposes of exoneration).

3. Additional Proceedings

In the case that scientific misconduct has been identified, the university leadership will examine the necessity for further action to protect the scientific integrity of the university and to protect the rights of persons both directly and indirectly affected. Penalties for scientific misconduct shall be determined based on the specifics of the case.

Within the university, the academic consequences of scientific misconduct

shall be examined at the departmental level. Together with the university leadership, the departments shall determine whether it be necessary to inform other scientists, including previous cooperation partners and or co-authors, scientific institutions, scientific journals and publishers, research and funding foundations, professional organizations, government ministries or the public.

Depending on the particular circumstances, each responsible body within the university is responsible for opening labour, civil, criminal or regulatory legal processes. Potential legal measures are listed in **Addendum 2**. The committee shall make available the records from the formal investigation for any further proceedings.

Addendum 1

Catalogue of Behaviours Considered to be Scientific Misconduct

The following behaviours in particular are considered to be scientific misconduct:

False Statements

1. The use of fabricated data, without explicit indication;
2. The use of adulterated data, for example:
 - a) through the inclusion of only desired results or the exclusion of undesired results, without disclosure,
 - b) through the manipulation of a figure or representation.
3. False statements in job or grant applications (including false statements to a publication medium or to publications still in print).

Violation of Intellectual Property

4. With respect to third party copyrighted material or major scientific insights, hypotheses, teachings or research approaches:
 - a) The use of intellectual property under the pretence of authorship (plagiarism).
 - b) The theft of research approaches and ideas, in particular while preparing an assessment (theft of ideas).
 - c) The presumption or unfounded adoption of scientific author- or co-authorship.

Not to be considered sufficient for the claim of authorship are:

- Mere organizational responsibility for the procurement of funding,
- Providing standard test material,
- Schooling of persons in standard research methodology,
- Solely technical assistance in data collection, for example, providing equipment, test animals or the regular transfer of datasets,
- Only reading a manuscript without substantial contributions to the contents,
- Occupying the leadership position of an institution or organization in which a work is published.

Said assistance can be duly noted in footnotes or forewords. Neither does a current nor a past supervisory relationship alone justify the claim of co authorship.

- d) The manipulation of contents or
- e) The unauthorized publication or sharing of the work of a third party, including major scientific insights, hypotheses, teachings or research results before the publication of said work.

Impairment of the Research Work of Others

- 5. Through the sabotage or obstruction of research work and the publication of their results (including damaging, destroying or manipulating the set-up of experiments, devices, documents, hardware, software, chemicals or other matters required by another for an experiment).

Other Forms of Misconduct

- 6. Contributing to or tolerating the misconduct of another;
- 7. Non-disclosure of conflicts of interest (including those that are of an economic, political, social/collegial or religious nature);
- 8. Grossly neglecting supervisory responsibilities;
- 9. The impairment of young scientists and violations of advisory duties.

Addendum 2

Catalogue of Possible Sanctions or Consequences for Scientific Misconduct

The following catalogue of possible sanctions or consequences for scientific misconduct is not intended to be comprehensive but should instead be seen as a preliminary aid for orientation. As every case is surely subject to individual differences and the gravity of the misconduct should play a role in determining the weight of the consequences, there is no adequate guideline for how to react appropriately; the appropriateness of a reaction should instead be judged in accordance with the specifics of a given case.

I. Consequences in Labour Law

10. Reprimand

The reprimand, which is to be given in written form and filed in the personnel record, is a precursor to termination. It is therefore a possible consequence only for minor acts of scientific misconduct, where termination is not yet judged to be necessary.

11. Extraordinary Termination

An extraordinary termination presupposes that, in consideration of the specifics surrounding a case of misconduct and the interests of both parties of the employment contract, a continuation of the employment relation is no longer reasonably bearable. Cases of severe scientific misconduct almost certainly meet this standard.

The termination must take place within a two week deadline, where the two week period begins at the point when the terminating party becomes aware of the misconduct which justifies the termination. This does not include the mere suspicion of misconduct, but is instead the point at which misconduct has been verified and the university leadership has been thusly informed.

An extraordinary termination for other important reasons remains unaffected.

The preparation of an extraordinary termination normally requires special labour law counsel.

For extremely urgent suspicions, it seems advisable to provide for such counsel immediately in order to clarify if a so-called ‘Verdachtskündigung’ (termination due to suspicion) is appropriate; this step should be taken to minimize the risk that a court could decide that the two week period began at the moment the leadership became aware of an urgent suspicion rather than at the moment when the committee confirmed those suspicions.

12. Ordinary Termination

An ordinary termination based on the regular deadlines mandated by labour law will most likely only rarely be useful for the cases being discussed here. For cases of scientific misconduct, the options of extraordinary termination or contract dissolution will be probably be preferable.

13. Contract Dissolution

In addition to ordinary and extraordinary terminations – considering the two week time limit for extraordinary termination – the option to dissolve the contract by mutual agreement should remain in consideration.

14. Specificities Associated with Employment Contracts Similar to Civil Service Contracts

For scientists employed as civil servants, the state law for civil servants applies. It is reasonable to expect that severe scientific misconduct is sufficient reason for termination under the civil servant laws in the Rhineland-Palatinate.

II. Consequences under Civil Law

The following consequences under civil law may be considered:

1. An exclusion order prohibiting entering the campus;
2. Order to surrender the right of possession, i.e. the requirement that misappropriated scientific goods be returned to their original owner;
3. Remedy claims and prohibitory injunctions arising from copyright law, personality rights, patent law and competition law;
4. Repayment claims, i.e. for scholarships or external funding ;
5. Claims for damages by the university or by third parties for personal, property or financial damages.

III. Consequences under Criminal Law

Criminal consequences come into consideration when the suspicion exists that a particular case of scientific misconduct is also action covered by the German Criminal Code (StGB), or when other criminal provisions are met or administrative offences have taken place. In those cases, investigative authorities shall be informed by the university leadership.

Possible criminal offences include, among other things:

1. Privacy Violations
 - § 202 a StGB: Data espionage
 - § 204 StGB: Unauthorized usage of other persons' secrets
2. Crimes against Life and Physical Integrity
 - § 222 StGB: Negligent homicide
 - §§ 223, 230 StGB: Malicious injury or injury resulting from negligence
3. Property Crimes
 - § 242 StGB: Theft
 - § 246 StGB: Embezzlement
 - § 263 StGB: Fraud
 - § 264 StGB: Subsidy fraud
 - § 266 StGB: Breach of Trust
4. Document Fraud
 - § 267 StGB: Document fraud
 - § 268 StGB: Falsification of technical records
5. Property Crimes
 - § 303 StGB: Property damage
 - § 303a StGB: Data alteration
6. Copyright Infringements
 - § 106 Copyright law: the unauthorised use of copyrighted materials.

IV. Academic Consequences

Academic consequences in the form of revocation of degrees can only be administered by the universities which granted the degrees. If severe scientific misconduct can be connected to having obtained a degree, the institution where that degree was earned should be informed. Possible academic consequences include:

1. Revocation of doctoral degree,
2. Withdrawal of the license to teach,
3. Revocation of a final degree or exmatriculation.

V. Retraction of Scientific Publications / Information for the Public and the Press

As a matter of principle, authors, groups of authors, publishers and publishing houses have a duty to withdraw, correct or retract publications which, due to scientific misconduct, contain errors. If third parties were involved in the publication, they too should be informed through the appropriate channels. Should these duties remain unfulfilled, the President shall, as he or she can, initiate appropriate proceedings.

For cases of grave scientific misconduct, the President shall inform any other research institutions or scientific organizations affected by said misconduct. For some cases it may also be justified to inform professional associations of the misconduct. In order to protect third parties, maintain trust in scientific honesty, restore the university's scientific reputation, prevent subsequent damages, and to act with respect to general public interests, the university may be obliged to inform affected third parties or the public.

Sources

The German version of this text is based on „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis – Verfahren an rheinland-pfälzischen Universitäten“(25.03.1999), written by the Rhineland-Palatinate university system task force for safeguarding good scientific practice.

The model developed by the task force was itself based, in large part word for word, on the following explicitly referenced publications:

- Max-Planck-Gesellschaft: Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten in Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft – Verfahrensordnung. Beschluss vom 14.11.1997;
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“. Weinheim 1998;
- Medizinische Fakultät der Universität Freiburg: Bericht der Kommission „Verantwortung in der Forschung“, Freiburg, Januar 1998;
- Hochschulrektorenkonferenz: Entwurf einer Stellungnahme des Plenums vom 06.07.1998
- „Zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten in den Universitäten“, Bonn, Stand: 10.06.1998, Drucksachen-Nr. 185/9.

The revision from 2016 is based on the following updates:

- DFG (2013):** Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis, Denkschrift; ergänzte Auflage, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA, Weinheim.
- HRK (2013):** Empfehlung der 14. Mitgliederversammlung der HRK am 14. Mai 2013 in Nürnberg.
- MPG (2000):** Verfahrensordnung bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten, beschlossen vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft am 14. November 1997, geändert am 24. November 2000

